Der Landbote Dienstag, 20. August 2024

Leserbriefe

Leserbriefe

Ungenügende Antworten

Ausgabe vom 17. August «Hier beantwortet der Kanton Ihre Fragen zu Windrädern»

Vom 22. August bis 7. September gibt es im Kanton Zürich «regionale Feedbackveranstaltungen», an denen Baudirektor Martin Neukom über seine Windparkpläne Rede und Antwort steht. Bei einem virtuellen Informationsanlass am 10. Juli wurden aus Zeitgründen nicht alle Fragen beantwortet. Seit dem 22. Juli sind die Antworten einsehbar im Internet auf www.zh.ch unter «Infoveranstaltung Windenergie im Kanton Zürich». Eine der Fragen lautete: «Warum gibt es in Österreich viel mehr Windräder als in der Schweiz geplant? Anderes Verfahren? Bessere Eignung für Windräder?» Die Antwort war: «Österreich ist uns in dieser Hinsicht tatsächlich voraus». Damit war der oder die Fragende so klug als wie zuvor. Eine sachgerechte Antwort hätte lauten müssen: «Die besondere Topografie macht den Unterschied aus. Fast 90 Prozent der 1426 Windräder stehen in Niederösterreich (797) und im Burgenland (461). Diese Bundesländer liegen in der Pannonischen Tiefebene mit ihrem für Windräder optimalen Windvorkommen. Analoge Verhältnisse gibt es in der Schweiz nirgends. Auch in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg, deren Topografie der schweizerischen gleicht, steht kein einziges Windrad». Die Windenergie-Lobby SuisseEole liebt den Vergleich mit Österreich – und sie liebt es, den wesentlichen Unterschied unerwähnt zu lassen. So weit, so gut. Weniger gut ist, dass die Baudirektion des Kantons Zürich es ihr gleichtut und es unterlässt, sich mit einigen Klicks im Internet auf der Seite www.wienenergie.at die nötigen Informationen zu beschaffen. Bleibt zu hoffen, dass Baudirektor Martin Neukom bei den geplanten Feedbackveranstaltungen die Anliegen der Fragenden ernst nehmen und sachliche Fragen sachgerecht beantworten wird. «Häbchläb-Antworten» dienen weder dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung noch

Hermine Weidmann, Winterthur

Behörden.

Wirksam gegen Wohnungsnot

der Glaubwürdigkeit der

Ausgabe vom 15. August «Drei Lösungen für mehr günstige Wohnungen kommen an die Urne»

Winterthurerinnen und Winterthurer haben es schwer, in der Stadt eine günstige Wohnung zu finden. Wir brauchen deshalb dringend wirksame Mittel gegen die Wohnungsnot. Im November stimmen wir darüber ab. Die SP-Initiative «Wohnen für alle» ist leider nicht griffig und wird wenig bewirken. Anders der Gegenvorschlag des Stadtparlaments: Er definiert erprobte Instrumente zur Schaffung von vielen günstigen Wohnungen. Dabei lädt der Gegenvorschlag des Stadtparlaments nicht nur die Genossenschaften, sondern schlichtweg alle ein, mitzuma-

chen. Wer bereit ist, günstigen Wohn- und Gewerberaum zu schaffen, kann von den vorgesehenen Instrumenten profitieren. Eine Kontrolle zur Einhaltung der Vorgaben ist eingebaut. Es sollen «preisgünstige» Wohnungen entstehen und keine subventionierten Luxuswohnungen, wie dies beim Vorschlag des Stadtrates passieren könnte. Die wirklich soziale Lösung ist somit diejenige des Stadtparlaments.

Franziska Kramer-Schwob, Fraktionspräsidentin EVP, Stadtparlament, Winterthur

Fernwärmeanschluss ist schon bezahlt

Ausgabe vom 14. August «Hauseigentümerverband fordert Biogas für abgehängte Quartiere»

Die Forderung vom Hauseigentümerverband, das Birchermüesliquartier mit Fernwärme zu erschliessen wird von der Stadt wegen den Kosten von zwei bis drei Millionen Franken abgelehnt. Im Zusammenhang mit den 293 Millionen Franken für die Erneuerung der Kehrichtverwertungsanlage, über welche das Winterthurer Stimmvolk am 22. September abstimmt, sind diese Mehrkos-

Nr. 1233 / Auf der Bank

Der Fortschritt dank Digitalisierung schreitet voran.

ten für den Fernwärmeanschluss aber durchaus vertretbar. Ein Prozent der Investitionssumme ist in den Reserven einkalkuliert und liegt auch im Toleranzbereich einer Kostenschätzung. Die Winterthurer Hauseigentümer haben mit ihren Grundstückgewinnsteuern diesen Fernwärmeanschluss zudem bereits mehrfach bezahlt. Ieden Monat bezahlen die Hauseigentümer mit der Grundstückgewinnsteuer mehr als die benötigten drei Millionen Franken. Nachdem die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer mit ihren Steuern jedes Jahr den Winterthurer Finanzhaushalt gerettet haben, kann sich die Stadt jetzt mit einem Fernwärmeanschluss dafür bedanken.

Ralph Bauert, Geschäftsführer Hauseigentümerverband **Region Winterthur**

Wichtige Korridore zur Vernetzung

Ausgabe vom 3. August «Landwirtschaftsland droht Schaden zu nehmen»

Es wäre tatsächlich bedauerlich, wenn der SBB die Mittel fehlten, invasive Neophyten auf ihren Flächen unter Kontrolle

Die letzten Geheimnisse einer rationalen Welt von Ruedi Widmer

zu halten. Richtig bewirtschaftete Bahnborde sind wichtige Vernetzungskorridore, oft mit selten gewordenen Pflanzengesellschaften. Dazu könnte die Landwirtschaftslobby durchaus beitragen. Statt politisch für unsinnige und biodiversitätsschädigende Subventionen wie Fleischwerbung zu kämpfen, könnte sie Hand bieten, um solche Mittel praktisch für biodiversitätsfördernde Aufgaben zu verwenden. Die fachgerechte Pflege entlang der Bahnund Strasseninfrastruktur bietet viel Potenzial für die Natur und Einkommen für lokale Bauernbetriebe. Stattdessen versucht man mit Geschichten wie im genannten Artikel vom bedenklichen Zustand der Biodiversität in vielen Landwirtschaftsgebieten abzulenken und zeigt auf andere.

Andreas Schoellhorn, Winterthur

Gedanken zur Biodiversität

Ausgabe vom 6. August ««Es geht um Ernährungssicherheit»

- Das ist zu kurz gedacht»

Bevor im 18. Jahrhundert wegen der Bevölkerungsexplosion die Geburt der Städte stattfand,

waren die Menschen in vielen Ländern Europas Selbstversorger. Dank der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion konnte die Bevölkerung in den urbanen Zentren mit genügend Nahrung versorgt werden. Mit der industriellen Revolution nahm die Zahl der Konsumierenden weiter zu, die der produzierenden Bauernbetriebe stagnierte aber und nahm und nimmt seit dem letzten Jahrhundert ab. Gleichzeitig hat die Zersiedelung v. a. im schweizerischen Mittelland enorm zugenommen und frisst zusammen mit dem Strassenbau und der Renaturierung der Flüsse immer mehr landwirtschaftliches Kulturland. Die verbleibenden Betriebe müssen die Produktivität steigern, damit der schon tiefe Selbstversorgungsgrad in der Schweiz nicht noch weiter sinkt und der Betrieb ökonomisch auch noch Sinn macht. Gleichzeitig hat die Entwicklung unserer Gesellschaft hin zu modernen und allgemein akzeptierten Lebens- und Arbeitsformen auch die ökologisch wertvollen Flächen stark zurückgedrängt. Selbstverständlich sollten wir uns überlegen, wie wir die verbliebenen Naturräume erhalten, optimieren oder allenfalls erweitern können. Dies darf aber nur im

gemeinsamen Konsens aller Betroffenen geschehen. Inakzeptabel ist die offensichtliche Tendenz, einmal mehr die Landwirtschaft als Hauptverursacher dieser Entwicklung anzuprangern. Die produzierende Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt, mit dem Ziel einer nachhaltigen Bewirtschaftung, unterstützt durch Bildung und Beratung. Von wegen «alte Schule»: Wenn eine Vertreterin des Biolandbaus heute noch argumentiert, dass wegen Überdüngung und Pestizidverschmutzung «es bald nichts mehr zu ernten gibt», dann ist das Polemik aus den 70er-Jahren. Und noch das: Bei den viel zitierten Bienen mag die Artenvielfalt abgenommen haben, deren Bestäuberleistung zusammen mit anderen Insekten ist immer noch intakt. Davon zeugen aktuell die unzähligen Obstbäume mit Maximalbehang. **Ueli Merz, Winterthur**

Probleme der

erneuerbare Energie zu setzen und den Bau neuer Kernkraftwerke zu verbieten. Einige SVP-Politiker finden nun, dass eine sichere Stromversorgung nur mit Kernkraftwerken möglich sei. Die Kernenergie sei zudem klimafreundlich. Deshalb solle die Betriebsdauer der bestehenden Atomanlagen verlängert werden. Eine Anzahl von SVPdominierten Gemeinden wollen Windräder auf ihrem Gemeindegebiet am liebsten verbieten. Andere Politiker torpedieren die Erhöhung bestehender Staumauern. Es ist klar, dass Windräder und Staumauern nicht zur Umweltverschönerung beitragen, aber sie liefern das ganze Jahr hindurch erneuerbare Energie. Man muss Prioritäten setzen. Deshalb stellt sich die Frage, welche Hintergedanken diese Politiker haben. Schon lange hat man eingesehen, dass es unmoralisch ist, unsere Atomabfälle ins Ausland zu schicken und mit diesen Produkten eventuell die Meeresflora irreparabel zu zerstören. Deshalb wurde die Suche nach einem Endlager für das Spaltmaterial in der Schweiz intensiviert. Doch will eigentlich niemand diese Abfälle in der Nähe des eigenen Wohnortes haben. Die effektiven Herstellungskosten von Atomenergie betragen ein Mehrfaches im Vergleich zu den erneuerbaren Energien. Die Aufwendungen für erdbebensichere Gebäude, die Isolations- und Lagerkosten des radioaktiven Spaltmaterials sind enorm. Die Dauer der radioaktiven Strahlung belasten noch viele Generationen. Wollen wir wirklich die vermeidbaren Probleme unserer Jugend aufhalsen? Stefan Erdös, Winterthur

Jugend aufhalsen

Ausgabe vom 14. August «Schweizer Strom: 15 Prozent aus russischem Uran»

Die Schweiz entschied 2017, auf

Hände hoch, dies ist ein bargeldloser Banküberfall! Schalter Ich..ich..hole gleich unser d Smartphone... Neu: Banküberfall jetzt auch mit Twint.

Korrekt

Im Artikel zu den geplanten Filialschliessungen der Post in der Ausgabe vom 17. August wurde der Andelfinger Gemeindepräsident Hansruedi Jucker fälschlicherweise als Gemeindeschreiber bezeichnet. (red)